

-
- **Änderung der Verordnung über Massnahmen gegenüber Myanmar**
 - **Birmas hoffnungslose Revolutionäre**
 - **Präsident Hans-Gert Pöttering fordert Freilassung von Sacharow-Preisträgerin Aun San Suu Kyi**
-

Änderung der Verordnung über Massnahmen gegenüber Myanmar

Schweizerische Eidgenossenschaft_26 september 2008

Der Bundesrat hat am 26. September 2008 eine Änderung der Verordnung über Massnahmen gegenüber Myanmar beschlossen und zusätzliche Zwangsmassnahmen gegenüber diesem Staat eingeführt. Die Änderung lehnt sich eng an die Sanktionsmassnahmen an, welche die EU im März und April 2008 gegenüber Myanmar verhängt hatte. Die Verordnungsänderung tritt am 27. September 2008 in Kraft.

Die neuen Zwangsmassnahmen beinhalten einerseits ein Einfuhrverbot für Holz und Holzprodukte, Kohle, bestimmte Metalle sowie Edel- und Schmucksteine aus Myanmar. Die von diesem Einfuhrverbot betroffenen Güter sind im neuen Anhang 4 der Verordnung aufgeführt. Andererseits wurde ein Lieferverbot für bestimmte Ausrüstungsgüter zur Gewinnung oder Verarbeitung von Holz, Kohle, Metallen sowie Edel- und Schmucksteinen erlassen. Die diesem Verbot unterstellten Güter sind im neuen Anhang 5 der Verordnung aufgeführt.

Die bereits bestehenden Finanzsanktionen wurden ausgeweitet und verschärft. Neu dürfen an Personen und Unternehmen, die in den Wirtschaftssektoren Holzschlag und Holzverarbeitung, Kohle, Metalle sowie Edel- und Schmucksteine tätig sind, keine Kredite mehr gewährt werden. Schuldverschreibungen solcher Unternehmen dürfen nicht mehr erworben werden und die Gründung von Joint Ventures mit diesen Unternehmen wird untersagt. Die Liste der von den Finanzsanktionen betroffenen burmesischen Staatsunternehmen (Anhang 3) wurde von 39 auf 83 Unternehmen, diejenige der von Finanz- und Reisesanktionen betroffenen natürlichen Personen (Anhang 2) von 386 auf 523 Einträge erweitert.

Die EU hatte im März und April 2008 die Sanktionsmassnahmen gegenüber Myanmar als Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung von Protesten der Bevölkerung und buddhistischer Mönche im August/September 2007 verschärft. Die Sanktionen zielen auf Bereiche ab, die Einnahmequellen des burmesischen Militärregimes darstellen.

Die schweizerischen Zwangsmassnahmen sollen im Verbund mit den Sanktionen der EU die burmesischen Machthaber zu einer Verhaltensänderung in Richtung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte bewegen. Zudem sollen mit der Übernahme der EU-Sanktionen allfällige Umgehungsgeschäfte über die Schweiz verhindert werden. In Anlehnung an entsprechende Beschlüsse der EU hatte der Bundesrat bereits am 2. Oktober 2000 erste Zwangsmassnahmen gegenüber Myanmar verhängt.

Der Handel zwischen Myanmar und der Schweiz ist wenig entwickelt. Die Einfuhren aus Myanmar beliefen sich im Jahr 2007 auf rund 900'000 Schweizer Franken, die Ausfuhren nach Myanmar auf rund 2,9 Millionen Schweizer Franken. Die Lieferung von Hilfsgütern im Zusammenhang mit den vom Zyklon "Nargis" verursachten Schäden wird durch die neuen Sanktionsmassnahmen nicht tangiert.

Adresse für Rückfragen:

Roland E. Vock, SECO, Tel. 031 324 07 61

Birmas hoffnungslose Revolutionäre

Jetzt.de_25 september 2008

Die Bilder sind schon fast wieder vergessen: Vor einem Jahr, am 26. September 2007, haben in Rangun, der Handelsmetropole und früheren Hauptstadt Birmas, Soldaten auf Mönche geschossen: junge Männer in Uniform auf junge Männer in safranroten Roben - auf

Befehl der Militärjunta. Es war Monsunzeit. Der Dunst hüllte die Szenen rund um die Pagoden Ranguns in ein mystisches Licht. Zehntausende buddhistische Geistliche waren schon seit Tagen friedlich und betend durch die Straßen marschiert.

Sie protestierten gegen die Arroganz des Regimes, an der Macht seit 1962, das einige Wochen davor ohne Ankündigung die Preise für Benzin und Diesel um 300 Prozent erhöht hatte und damit viele Birmanen an den Rand ihrer Existenz drängte. Das traf nicht zuletzt die Mönche selbst, die auf die Almosen der Gläubigen angewiesen sind. Die Geber konnten sich die Gaben nicht mehr leisten. Und so schienen die Mönche entschlossen zu sein, das Regime mit ihrer moralischen Festigkeit zu stürzen. Die Hoffnung der unterdrückten Opposition war groß, dass es nun gelingen würde.

Überraschender Schießbefehl

Zum ersten Mal seit dem großen Aufstand der Demokraten 1988 sah es so aus, als taumelten die Generäle. Wie würden sie mit der Herausforderung umgehen, vor die sie die Mönche stellten? Alles traute man ihnen zu, nur nicht, dass sie auf die verehrten Geistlichen schießen lassen würden. Im gläubigen Birma, so sagten sich alle, wäre das unverzeihlich. Es hieß, das wäre der Anfang vom sicheren Ende für die Junta. Am Vortag der Niederschlagung verhängten die Herrscher den Ausnahmezustand, verboten das Demonstrieren in den Straßen. Und als das nichts brachte, gaben sie wider aller Erwartungen den Schießbefehl.

Wie viele Mönche damals umkamen, ist bis heute ungewiss. Offiziell waren es 31, inoffiziell mehrere Hundert. Tausende der demonstrierenden Geistlichen wurden in der Folge verschleppt. Viele wurden zurück in ihre Klöster auf dem Land gebracht. Die Anführer der sogenannten Safran-Revolution sitzen bis heute im Gefängnis. Andere flohen nach Thailand. In wenigen Tagen war der Protest erstickt. Und zwar nachhaltig: Die Regimegegner wussten nun, dass das Militär vor nichts zurückschrecken würde, um sich an der Macht zu halten. Vor keiner Ungeheuerlichkeit. Die Bilder waren eine Warnung für künftige Generationen von Aufständischen.

Der Rest der Welt war aufgebracht - und wie so oft gespalten. Der Westen mahnte neue Sanktionen an gegen das Regime und seine Nutznießer. Der Osten riet von Boykotten ab und nahm seine Geschäfte mit dem Regime bald wieder auf. Die Militärjunta profitiert von großen Öl- und Gasreserven, für die sich die ganze Region interessiert, vor allem die Nachbarn China, Indien und Thailand. Im UN-Sicherheitsrat verhinderten die Chinesen und die Russen eine härtere Gangart gegen Birmas Regime. Man schickte einen Sondergesandten. Doch der erreichte nichts, wurde von den Generälen hingehalten und verspielte alle seine Glaubwürdigkeit im birmanischen Volk. Weder hat der demokratische Prozess Fortschritte gemacht seither, noch ist die bekannte Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi aus ihrem Hausarrest befreit worden. Beides hatte die internationale Gemeinschaft gefordert. Birmas Regime brauchte sich nicht zu beugen, denn es hatte einige Großmächte an seiner Seite. Die Generäle hielten an ihrem eigenen Fahrplan für eine angebliche Demokratisierung fest, brachten die neue Verfassung, die sie von einem handverlesenen Konvent ausarbeiten ließen, vor das Volk. Sie sieht unter anderem vor, dass Bürger, die mit Ausländern verheiratet sind oder waren, keine Regierungsämter übernehmen dürfen: Aung San Suu Kyi ist die Witwe eines Briten.

Amnestie für 9000 Häftlinge

Das Referendum fand im Mai statt, in den Tagen nach dem Wirbelsturm Nargis, der größten Naturkatastrophe in der Geschichte des Landes. Mehr als 130 000 Menschen waren in den Fluten im Delta des Flusses Irrawaddy umgekommen. Doch das Regime bestand auf seiner Agenda, unbeschadet und selbstherrlich. Es wies gar die internationalen Hilfsangebote für die Flutopfer zurück. So sicher fühlte es sich. Diese Woche erließ das Regime eine Amnestie für 9000 Häftlinge, unter ihnen auch einige der rund 2000 politischen Gefangenen. Ein Plan, die Parabolspiegel für den Empfang ausländischer Fernsehsender zu verbieten, wurde wieder verworfen. Bis Ende des Jahres sollen Touristen das Visum bei der Einreise in Birma beantragen können, während das heute noch fünf Arbeitstage im Voraus benötigt.

Neuerdings hört man nicht einmal mehr Gerüchte über mögliche Zwiste zwischen den Generälen. Auch keine über den fragilen Gesundheitszustand des Juntachefs. Than Shwe begeht diesen ersten Jahrestag nach der Safran-Revolution gelassen, abgeschottet in seinem Refugium, der neuen und mysteriösen Hauptstadt Naypyidaw. Als wäre dies kein historisches Datum für Birma.

Am Donnerstag, just vor dem Jahrestag der missglückten Safran-Revolution, ist in Rangun eine Bombe detoniert und verletzte sieben Menschen. Die Explosion ereignete sich genau dort, wo das Militär damals auf die Mönche schoss.

Pressemitteilungen

Der Präsident des Europäischen Parlaments

Präsident Hans-Gert Pöttering fordert Freilassung von Sacharow-Preisträgerin Aun San Suu Kyi

24. September 2008 - Brüssel

Aus Anlass der Benennung von drei Finalisten für den Sacharow-Preis 2008 des Europäischen Parlaments in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten und des Entwicklungsausschusses hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering, erneut einen nachdrücklichen Appell zur Freilassung der Sacharow-Preisträgerin 1990, Frau Aun San Suu Kyi, an die burmesischen Behörden gerichtet.

"Das Europäische Parlament bekräftigt erneut seine Solidarität mit Aun San Suu Kyi und fordert die burmesischen Behörden dringend auf, sie unverzüglich freizulassen. Wir hoffen sehr, dass ihr Gesundheitszustand sich wieder verbessert hat, nachdem sie über längere Zeit nur sehr wenig Nahrung zu sich genommen hat. Inzwischen scheint die burmesische Regierung einige Erleichterungen ihrer Lebensbedingungen unter Hausarrest zugelassen zu haben.

Frau Aun San Suu Kyi ist eine mutige Politikerin, die sich friedlich für die Freiheit und Demokratie ihres Volkes einsetzt. Das Schicksal von Frau Aun San Suu Kyi darf nicht in Vergessenheit geraten. Ich begrüße es deswegen sehr, dass auch elf Sacharow-Preisträger sich für Frau Aun San Suu Kyi einsetzen. Im Namen des Europäischen Parlaments fordere ich die burmesischen Behörden erneut mit allem Nachdruck auf, sie unverzüglich freizulassen."

- Birma lässt bekannten Regimekritiker nach 19 Jahren frei

- Ein Jahr nach Mönchsaufstand

- 9.000 Häftlinge in Birma freigelassen

Birma lässt bekannten Regimekritiker nach 19 Jahren frei

Reuters_23. September 2008

Birmas Militärregierung hat einen ihrer prominentesten politischen Häftlinge nach 19 Jahren aus dem Gefängnis entlassen.

Der Journalist Win Tin kam am Dienstag im Rahmen einer Amnestie frei, die insgesamt 9002 meist wegen gewöhnlicher Verbrechen Inhaftierten zugutekam. Der mittlerweile 79-Jährige kündigte umgehend an, seinen Widerstand gegen die seit 46 Jahren herrschenden Generäle fortzusetzen. "Ich werde weiterkämpfen, bis in diesem Land eine Demokratie entsteht", sagte er noch in Häftlingskleidung vor dem Haus eines Freundes in Rangun. Menschenrechtsgruppen begrüßten die Entlassung des Journalisten, erinnerten aber daran, dass es noch Hunderte weitere politische Häftlinge in Birma gebe.

Win Tin gehörte neben Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, die 13 der vergangenen 19 Jahre in Haft oder unter Hausarrest verbracht hat, und ihrem Stellvertreter Tin Oo zu den bekanntesten politischen Gefangenen Birmas. Er war im Juni 1989 festgenommen und zu einer Haftstrafe verurteilt worden, weil er einer jungen Frau nach einem illegalen Schwangerschaftsabbruch Unterschlupf gewährt haben soll. Wegen Agitation gegen die Regierung und Verbreitung von regimekritischem Material wurde seine Strafe später auf insgesamt 20 Jahre erhöht.

Nach seiner Freilassung sagte Win Tin Journalisten, er habe sich bei der Gefängnisverwaltung darüber beschwert, dass man ihn in einen Topf mit gewöhnlichen Kriminellen werfe. Aus Protest habe er sich geweigert, bei der Entlassung seine persönlichen Gegenstände oder Zivilkleidung anzunehmen. "Ich habe ihre Bedingungen für die Amnestie nicht akzeptiert", sagte er. "Im Gegenteil. Sie hätten mich vor fünf Jahren freilassen sollen. Sie schulden mir ein paar Jahre." Sorgen über seinen Gesundheitszustand bezeichnete er als unbegründet.

Nach Angaben der in Thailand ansässigen Gefangenenrechtsgruppe AAPP kamen im Zuge der Amnestie am Dienstag fünf weitere politische Häftlinge auf freien Fuß. Amnesty International äußerte sich "begeistert" über das Haftende Win Tins. Allerdings saßen nach wie vor mehr als 2100 Menschen wegen

ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen in Birmas Gefängnissen. Der Amnesty-Experte Benjamin Zawacki sagte, mit Win Tins Haftentlassung hätten die Generäle möglicherweise vermeiden wollen, dass der prominente Dissident in ihrer Obhut stirbt. Vor einem Jahr war es in dem Land zu gewalttätigen Protesten gegen die seit 46 Jahren andauernde Militärherrschaft in Birma gekommen.

Ein Jahr nach Mönchsaufstand: Lähmende Angst in Birma

n-TV.de_22 september 2008

Der Kontrast ist eklatant: Wo sich vor einem Jahr zehntausende Birmanen mutig gegen das Militärregime erhoben, ist heute lähmende Angst zu spüren. In der Hafenstadt Rangun sind tausende Soldaten und Spione in Zivil postiert, um jeden Widerstand im Keim zu ersticken. Sie stehen an jedem Klostersausgang. Die Shwedagon-Pagode, Zentrum der damaligen Proteste, ist von Sicherheitsleuten umzingelt. "Wir können nicht mal in Ruhe in ein Internetcafe gehen", sagt ein Mönch dem Exil-Magazin "Irrawaddy". "Sie starren uns an, als seien wir Terroristen."

Ein Jahr nach dem Mönchsaufstand, der ein paar Wochen die Hoffnung auf ein Ende einer der brutalsten Diktaturen der Welt nährte, ist in Birma alles beim alten. Selbst der verheerende Zyklon, der die Küstenregion im Mai heimsuchte und mehr als 138.000 Menschen das Leben kostete, hat den Militärapparat nicht destabilisiert. Gnadenlos ließen die Generäle mehr als eine Million Menschen wochenlang im Irrawaddy-Delta zwischen zerstörten Häusern und Leichenbergen sitzen. Ausländer, die vor der Küste und in Nachbarländern mit tonnenweise Hilfsgütern in den Startlöchern saßen, durften lange nicht, und dann nur vereinzelt ins Land. Das Militär behielt ungeachtet der Proteste aus aller Welt das Heft in der Hand - wie vor einem Jahr.

2007: Überall Widerstand

Im September 2007 herrschte Aufbruchstimmung in Rangun. Nach Jahrzehnten unter der Militärknete platzte den Birmanen der Kragen. Zuerst demonstrierten nur eine Hand voll gehen Preiserhöhungen, dann protestierten Mönche gegen den schroffen Polizeieinsatz. Und plötzlich regte sich überall Widerstand: Am 20. September gingen noch ein paar hundert Mönche in Rangun auf die Straße, am 23. schwoll der Proteststrom durch normale Bürger schon auf 15.000, am nächsten Tag auf 30.000 und schließlich auf mehr als 100.000 Menschen an.

Fast drei Wochen sahen die Militärmachthaber tatenlos zu, am 26. September schlugen sie dann zu. Erst gingen sie mit Schlagstöcken auf die Mönche los, dann feuerten sie mit Gummigeschossen und schließlich mit echter Munition. 31 Leute, heißt es später nach einer UN-Untersuchung, seien ums Leben gekommen, doch glauben Exilgruppen, dass es viele Dutzend mehr waren. Klöster wurden gestürmt, Mönche blutig geschlagen und in Foltergefängnisse gesteckt. Ein Aufschrei der Empörung ging um die Welt. Die Generäle versprachen unter dem Druck einen Dialog mit der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die unter Hausarrest steht. Heraus kam dabei nichts.

"Menschenrechtssituation kein bisschen gebessert"

Exil-Birmanen und die Oppositionspartei NLD sind frustriert. Als der UN-Sondergesandte Ibrahim Gambari in diesem Sommer wieder in Birma war, weigerte sich Suu Kyi aus Protest, ihn zu sehen. "Die Menschenrechtssituation hat sich kein bisschen gebessert und der Demokratisierungsprozess ist nicht vorangekommen", urteilt der birmanische Verband für politische Gefangene (AAPP) im Exil in Thailand. "Im Gegenteil, die politisch begründeten Festnahmen sind dramatisch angestiegen." 286 Aktivisten seien in diesem Jahr schon festgenommen worden, allein 39 im August. "Wie viele müssen noch festgenommen werden, damit die Vereinten Nationen kapieren, dass die Leute, mit denen sie verhandeln, nichts anderes als illegale und brutale Diktatoren sind?"

Nach Angaben des Verbandes gibt es mehr als 2000 politische Gefangene in Birma. Einer von ihnen war Bo Kyi, der Gründer des Verbandes. Er überlebte sieben Jahren in den Folterkammern, ehe er sich ins Ausland absetzen konnte. Human Rights Watch zeichnete ihn gerade mit dem Preis als Menschenrechtsverteidiger 2008 aus.

Repressalien gehen weiter

In Birma gehen die Repressalien weiter. Gut 200 Mönche sind nach Informationen des Verbandes für politische Gefangene noch hinter Gittern, vor zwei Wochen demonstrierte der Geheimdienst mit einer Razzia im Malayone-Kloster in Rangun wieder seine Macht. Die 17 Mönche wurden mit dem Gesicht in den Dreck gedrückt, der Abt abgeführt.

9.000 Häftlinge in Birma freigelassen: Die Junta in Birma hat 9.000 Häftlinge freigelassen
On Line Focus_23 september 2008

Birma-Sonderbeauftragter steht Rede und Antwort Ein Jahr nach den von Mönchen angeführten Protesten gegen die Regierung hat die Junta in Birma mehr als 9.000 Häftlinge freigelassen.

Die Gefangenen seien wegen guter Führung auf freien Fuß gesetzt worden und sollten am Aufbau „einer neuen Nation“ vor den für 2010 geplanten Wahlen mitwirken, berichtete die staatliche Zeitung „Myanma Ahlin“ am Dienstag. Ob auch einige der 1.200 politischen Häftlinge unter den Freigelassenen waren, wurde nicht bekannt. Die Junta war Ende September vergangenen Jahres gewaltsam gegen Demonstrationen von Regimekritikern vorgegangen. Nach UN-Angaben wurden dabei mindestens 31 Menschen getötet. Hunderte Aktivisten wurden festgenommen.

- **Keine Revolution, aber Hoffnung**
 - **USA und Großbritannien wollen mehr Druck auf Birma ausüben**
 - **Menschenrechtsaktivist zu zwei Jahren harter Arbeit verurteilt**
 - **Steinbach: Militärmachthaber in Birma müssen endlich echten Wandel einleiten**
-

Keine Revolution, aber Hoffnung

WELT ONLINE - 17. Sept. 2008

"Wir hassen sie", sagte der birmanische Fahrer, "weil sie auf Mönche haben schießen lassen." "Sie", das waren vor einem Jahr die Generäle, die Birma damals regierten und es heute noch immer tun, die Generäle, die Demonstrationen von Mönchen und Zivilisten gewaltsam unterdrückten. Der Fahrer sprach die Meinung der Mehrheit der Bevölkerung aus. Auf die gleiche Frage würde er heute sicherlich die gleiche Antwort finden. Denn der Hass und die Verachtung gegenüber der Militärregierung sind vielleicht das einzig Greifbare, das von den Protesten, die auf den Tag genau heute vor einem Jahr ausbrachen, geblieben ist. Darin steckt eine bittere Ironie. Die Mönche waren damals mit den Worten ihrer heiligen Schriften auf die Straße gegangen, die die große Güte preisen, die den Kern der Lehre des Buddhas ausmachen. Sie wollten mit ihren Märschen und ihren Zitaten erreichen, dass das ganze Land von billigeren Lebensmitteln, von mehr Freiheit und einer Versöhnung der verfeindeten politischen Gruppen profitiert.

Eingetreten ist das Gegenteil. Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich, auch weil kaum mehr Touristen ins Land kamen; noch mehr Menschen wurden verhaftet; der Grad der Unversöhnlichkeit zwischen den sich gegenüberstehenden Parteien und ihren Anhängern im Ausland ist noch gestiegen. Es war keine Revolution, die da vor einem Jahr über das Land hereinbrach, und das nicht nur, weil die Proteste so schnell unterdrückt wurden. Die Demonstranten hatten kein Programm, keine Führer und keine Organisation. Ihr Protest war sehr spontan und sehr couragiert, aber letztlich völlig apolitisch. Wenn also im Ausland von einer "Safran-Revolution" gesprochen und dieser Name auch im Lande selbst wiederholt wurde und wird, war und ist das - leider, möchte man sagen - reines Wunschdenken. Und nebenbei: Die Roben birmanischer Mönche sind mehrheitlich rot, nicht safranfarben.

Die tiefe Frustration über eine gescheiterte Revolution, die nie eine hätte werden können, hat sich offenbar auch auf die Frau ausgewirkt, die seit 20 Jahren für viele das Symbol der Hoffnung für ein besseres Birma ist, auf Aung San Suu Kyi, die Nobelpreisträgerin. Sie hat über Wochen die Nahrungsmittel nicht angenommen, die ihr von ihren Anhängern in das Haus gebracht wurden, in dem sie unter Hausarrest steht. Stirbt also die Hoffnung in Birma ganz und gar, ein Jahr nach den Demonstrationen?

Kürzlich erschien in Birma ein neues Lied. Es pries nicht den Opfermut der Mönche wie manche Songs, die nach der Niederschlagung der Proteste verfasst wurden und immer noch auf der Internetplattform

YouTube zu hören sind. Es heißt "Unsere helfenden Hände" und ist den Opfern des Wirbelsturms "Nargis" gewidmet, der im Mai im Land eine Spur des Todes und der Verwüstung hinterließ. Das mit den helfenden Händen ist wörtlich zu nehmen, und zwar in mehrfachem Sinn. Zum einen haben sich mehrere bekannte Musiker bei der Produktion des Liedes zusammengetan, sie haben gewissermaßen gemeinsam in die Hände gespuckt, um einen mitreißenden Song zu schreiben. Dann haben sie das Geld, das die Produktion einbrachte, gespendet. Und schließlich ist die Botschaft des Liedes, dass alle mit anpacken sollen, um den Opfern von "Nargis" zu helfen.

Diese Musiker haben damit zu der riesigen Welle der Hilfsbereitschaft aus dem ganzen Land beigetragen, die auf das tödliche Hochwasser folgte, das der Sturm ausgelöst hatte. Es gab eine Fülle von kleineren und größeren Initiativen von Privatpersonen und Organisationen und natürlich auch von staatlicher Seite. Dabei wurden auch Gelder genutzt, die aus dem Ausland gespendet worden waren. So bauten etwa die Mitarbeiter eines Reisebüros, das von einem Deutschen geleitet wird, die 130 Häuser eines zerstörten Dorfes wieder auf. Die helfenden Hände gehörten zu Menschen aus allen möglichen Berufen, auch Mönche waren zahlreich beteiligt und Soldaten natürlich auch, Buddhisten, Christen, Muslime und Angehörige verschiedener ethnischer Gruppen. Die große Katastrophe hatte zur Folge, dass die Erinnerung an die Demonstrationen des vergangenen Jahres in den Hintergrund geriet, einfach weil die aktuelle Notlage so sehr im Vordergrund stand. Der Hass auf die Regierung wurde dadurch allerdings nur vorübergehend überlagert. Ihr lastete man schon sehr bald, teils zu Recht, teils auch zu Unrecht, innerhalb und außerhalb des Landes alles an, was nicht klappte.

Zum anderen wurde durch die vielen helfenden Hände deutlich, dass es in Birma etwas gibt, was man in dem Land nicht vermutet hätte. Es gibt - dem höchst autoritären Regime zum Trotz und wohl auch wegen seiner offenkundigen Unfähigkeit - Ansätze einer Zivilgesellschaft. Gerade weil Birma das ist, was die Politologen einen "failed state", einen versagenden Staat, nennen, ist Hilfe zur Selbsthilfe überall notwendig. Dieses Potenzial hat der Zyklon freigesetzt und gleichzeitig zumindest für eine gewisse Zeit einige Barrieren zwischen den politisch, religiös und kulturell verfeindeten Gruppen aufgehoben. Teil dieser zivilen Gesellschaft ist etwa ein ehemaliger politischer Gefangener, der jetzt angefangen hat, im Lande soziale Netzwerke zu knüpfen. Das ist überall nötig, auch dort, wo der Zyklon nicht gewütet hat. Er sagt, dass die Erfahrung der Hilfsbereitschaft eine neue Sicht der Dinge ermöglicht hat. Die Hilfe für die Probleme des Landes wird nicht mehr nur von "oben" oder vom Ausland erwartet, von einer möglichst guten Regierung oder durch die "Carepakete" aus dem Westen. Man entdeckt, dass man selbst etwas bewirken kann.

Die Wunden in den Seelen der Menschen, die durch die Unterdrückung der Proteste geschlagen wurden, werden dadurch nicht verheilen. Der Fahrer wird die Generäle weiter hassen. Aber es gibt die Hoffnung, dass aus der Basis der Bevölkerung etwas Neues wächst. Vielleicht hat die Hilfe nach dem Sturm die weitverbreitete Resignation vertrieben. Das zivilgesellschaftliche Experiment in Birma aber muss langsam wachsen und braucht Symbolfiguren wie den ehemaligen politischen Gefangenen, der soziale Netzwerke aufbaut.

USA und Großbritannien wollen mehr Druck auf Birma ausüben

sueddeutsche.de_ 11. Sept. 2008

Die USA und Großbritannien wollen den Druck auf die Militärregierung in Birma erhöhen. Das sagte der amerikanische UN-Botschafter Zalmay Khalilzad nach einer Sitzung des Weltsicherheitsrats vor Journalisten. Der UN-Sonderbeauftragte Ibrahim Gambari hatte dem Gremium zuvor in einer geschlossenen Sitzung über seinen jüngsten Besuch in Birma berichtet, beim dem es ihm nicht gelungen war, mit Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi zusammenzukommen.

Menschenrechtsaktivist zu zwei Jahren harter Arbeit verurteilt

FOCUS Online - 19.09.08, 18:28

Ein birmanischer Menschenrechtsaktivist ist wegen Recherchen zu Kindersoldaten und Zwangsarbeitern laut UN-Angaben zu zwei Jahren harter Arbeit verurteilt worden. Die Internationale Arbeitsorganisation (IAO) forderte am Freitag die sofortige Freilassung des Dissidenten Thet Wai. Mit seiner Verurteilung

habe die Militärjunta eine Vereinbarung ignoriert, wonach Bürger nicht dafür bestraft werden dürften, sich mit Fallstudien an die Vereinten Nationen zu wenden, erklärte IAO-Exekutivdirektor Kari Tapiola. Er zeigte sich zutiefst besorgt über Vergeltungsmaßnahmen seitens der birmanischen Regierung. Thet Wai wurde im Januar verhaftet. Bei ihm wurde ein USB-Speicher mit den Briefen von Personen gefunden, die der IAO ihre Erfahrungen mit Zwangsarbeit und Zwangsrekrutierungen von Kindern berichten wollten.

Steinbach: Militärmachthaber in Birma müssen endlich echten Wandel einleiten

news aktuell (Pressemitteilung) - 18. Sept. 2008

Anlässlich des Jahrestages der Safran-Revolution in Birma erklärt die Sprecherin für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erika Steinbach MdB:

An der Situation der Menschenrechte hat sich ein Jahr seit Beginn der Mönchsaufstände nichts gebessert. Die Bevölkerung leidet nach wie vor unter der Willkür der Militärdiktatur. Die blutige Niederschlagung der Demonstrationen hatte Ende September 2007 100 Menschenleben gekostet. Um die 1.000 Demonstranten wurden unter unwürdigen Bedingungen inhaftiert, viele unter ihnen wurden gefoltert. Noch gut in Erinnerung ist auch der katastrophale Umgang der Junta mit den Opfern der Zyklon-Katastrophe im Mai dieses Jahres. Tagelang wurden internationale Helfer nicht ins Land gelassen. Erst als für viele Menschen die Hilfe bereits zu spät kam, lenkten die Generäle ein. Auch das Verfassungsreferendum kurze Zeit nach dem Wirbelsturm war angesichts der Verwüstung des Landes und des politischen Drucks eine Farce. Wie sich herausstellte, wusste ein Großteil der Bevölkerung überhaupt nicht, worüber sie abstimmten. Trotzdem wurde das Referendum über den Verfassungsentwurf von den Machthabern als "Übergang zur Demokratie" deklariert.

Die Hoffnung, dass die Mönchsaufstände zu einem friedlichen Wandel hin zu Demokratie und Menschenrechte führen würden, hat sich leider nicht bewahrheitet.

Umso wichtiger ist es, dass die internationale Staatengemeinschaft ihren Druck aufrecht erhält. Zu diesem Zweck bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Europäischer Union, China sowie den Ländern der ASEAN-Staatengemeinschaft. Die Arbeitsgruppe Menschenrechte fordert insbesondere auch die unverzügliche Freilassung der Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die seit 18 Jahren unter Hausarrest steht. Die Machthaber müssen endlich beginnen, einen ehrlichen Dialog mit der Opposition zu führen.

Pressekontakt:

CDU/CSU - Bundestagsfraktion

Email: fraktion@cducsu.de

- - **Asiatische Parlamentarier um Aung San Suu Kyi besorgt**
- **Militärjunta weiß nichts von Hungerstreik von Aung San Suu Kyi**

Asiatische Parlamentarier um Aung San Suu Kyi besorgt

WELT ONLINE - 4. Sept. 2008

Aus Sorge um die birmanische Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi haben asiatische Volksvertreter die Vereinten Nationen um Intervention gebeten. Sie forderten UN-Generalsekretär Ban Ki Moon auf, sich persönlich von der Gesundheit der seit Jahren vom Militärregime in Birma unter Hausarrest gestellten Politikerin zu überzeugen. Es gebe Berichte, dass die 63-Jährige seit Mitte August das Essen verweigere, heißt es in dem Brief.

Militärjunta weiß nichts von Hungerstreik von Aung San Suu Kyi

derStandard.at - 7. Sept. 2008

Friedensnobelpreisträgerin protestiert gegen andauernden Hausarrest

Die Militärjunta von Burma hat Berichte über einen Hungerstreik von Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi infrage gestellt. Weder ihr Arzt noch ihr Anwalt hätten die Behörden über einen Hungerstreik informiert, sagte Polizeichef Khin Yee am Sonntag in Naypyidaw, der neuen Hauptstadt 350 Kilometer nördlich der Hafenmetropole Rangun. Allerdings sah der Arzt Tin Myo die 63-Jährige, die seit mehr als fünf Jahren in ihrem Haus in Rangun in Isolation festgehalten wird, zuletzt am 1. August.

Hungerstreik seit drei Wochen

Nach Angaben ihrer Partei, der Nationalliga für Demokratie, verweigert Suu Kyi seit drei Wochen Nahrungsmittellieferungen. Sie protestiere damit gegen ihren fortgesetzten Hausarrest. Im August sagte sie auch ein Treffen mit dem UN-Gesandten Ibrahim Gambari ab, weil er sich nach ihrer Meinung nicht genügend für ihre Freilassung einsetzt. Eine Freilassung erfolge "im Einklang mit den Gesetzen", sagte der Polizeichef. Suu Kyi ist dem Militärmachthabern seit ihrem Wahlsieg 1990 ein Dorn im Auge. Sie erkannten das Ergebnis nie an. Der jüngste Hausarrest dauert seit Mai 2003. Damals hatten regierungsfreundliche Mobs ihren Konvoi angegriffen.

Bei dem Überfall kamen mehrere Menschen ums Leben. Suu Kyi wurde Erregung öffentlichen Ärgernisses vorgeworfen. Selbst unter den drakonischen Gesetzen der Militärdiktatur ist die Maximalstrafe dafür fünf Jahre, doch wurde der Arrest im Mai um sechs Monate verlängert.